

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

26. Juni 2017

Ägypten

Notstand verlängert

Der ägyptische Präsident, Abdel Fattah al-Sisi, hat den Ausnahmezustand bis Oktober verlängert. Während des Notstands gelten Sondervollmachten für die Sicherheitskräfte, die Bürgerrechte sind eingeschränkt.

Anschlag auf koptische Kirche vereitelt

In Alexandria hat die Polizei sechs Verdächtige festgenommen und damit einen Anschlag auf eine koptische Kirche vereitelt. Einer der sechs wollte sich in der Kirche in die Luft sprengen, ein anderer beim Eintreffen der Polizei.

Afghanistan

Sicherheitslage

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen. Dabei werden teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt. Die Presse berichtete in der vergangenen Woche über folgende Anschläge:

Am 20.06.17 wurden bei einem Angriff nahe der größten US-Militärbasis Bagram (Provinz Parwan, 75 km nördlich von Kabul) acht afghanische Sicherheitskräfte getötet und zwei verletzt.

Mutmaßliche Kämpfer des IS und radikalislamische Taliban sollen den Darzab-Bezirk in der Provinz Jowzjan (Norden) angegriffen und teilweise erobert haben. Taliban und IS hätten gegeneinander, aber auch gegen Sicherheitskräfte gekämpft. Mehrere Sicherheitskräfte seien ums Leben gekommen.

Durch eine Straßenbombe in der Provinz Helmand (Süden) kamen fünf Polizisten und ihr Kommandeur ums Leben.

Am 22.06.17 tötete ein Selbstmordattentäter in der Provinz Helmand mindestens 36 Menschen, 59 wurden verletzt. Ziel waren offenbar afghanische Soldaten, die vor einer Bank in Lashkar Gah auf ihren Lohn warteten. Die Taliban bekannten sich zu der Tat.

Am 25.06.17 sollen Taliban an einem Checkpoint am Salma-Damm in der Provinz Herat (Westen) mindestens zehn Polizisten getötet und mehrere verwundet haben.

Armee erobert Tora Bora

Offiziellen Angaben vom 19.06.17 zufolge haben die afghanischen Streitkräfte den IS aus der strategisch wichtigen Festung Tora Bora in der Provinz Nangarhar (Osten) vollständig vertrieben. Der IS hatte erst am 14.06.17 die Festung an der Grenze zu Pakistan nach mehrtägigen Kämpfen den Taliban abgenommen. Bekannt wurde Tora Bora als zeitweiliges Versteck von Osama bin Laden.

Wahlen

Die ursprünglich im Mai 2015 geplanten Parlamentswahlen sollen nun am 07.07.18 stattfinden. Ein Streit über Wahlreformen und die Zusammensetzung der Wahlkommission hat die Abstimmung verzögert.

Albanien

Sozialisten gewinnen Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen am 25.06.17 erreichte nach den ersten Hochrechnungen die Sozialistische Partei (SP) unter Premierminister Edi Rama, der sich um eine zweite Amtszeit bewarb, zwischen 45 und 49 %. Damit könnte die SP allein regieren. Die oppositionelle Demokratische Partei (DP) erzielte 30-34 %. Drittstärkste Kraft wurde der bisherige Juniorpartner der Sozialisten in der Regierung, die Bewegung für sozialistische Integration (LSI). Die Wahlbeteiligung lag bei 45 %.

Die geringe Wahlbeteiligung spiegelt wohl die Enttäuschung über Korruption und die mangelnden Fortschritte im Alltagsleben wider. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt bei 340 Euro. Ein Drittel der Jugend im erwerbsfähigen Alter ist arbeitslos. Bei einer repräsentativen Umfrage haben 56 % der Bürger angegeben, wegen der sozialen und wirtschaftlichen Misere so schnell wie möglich ihre Heimat verlassen zu wollen.

Albanien ist seit 2014 offizieller EU-Beitrittskandidat und hofft auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen Ende dieses Jahres. In ihrem jüngsten Bericht zu Albanien kritisierte die EU das weiterhin langsame und ineffektive Justizsystem sowie weitverbreitete Korruption.

DR Kongo

Neue Rebellengruppe greift Beni an

Am Morgen des 22.06.17 drangen bewaffnete Kämpfer in die Distrikthauptstadt Beni der ostkongolesischen Provinz Beni ein. Es kam zu heftigen Gefechten mit der Regierungsarmee. Am Nachmittag konnten Sicherheitskräfte die Angreifer aus der Stadt vertreiben. Laut Angaben des Militärs wurden bei den Kämpfen 13 Angreifer getötet und sechs verletzt. Drei Soldaten starben. Den Angriff auf Beni reklamierte eine Rebellengruppe mit dem Namen Nationale Revolutionsbewegung (MNR) für sich. Deren Existenz war erstmals in der Woche vor dem Angriff bekannt geworden, als deren Sprecher John Mangaiko zum Kampf gegen Staatspräsident Kabila aufrief. Dieser solle Wahlen abhalten lassen und anschließend sein Amt aufgeben. Erst am 11.06.17 hatten unbekannte Angreifer das Zentralgefängnis von Beni gestürmt und 930 Häftlinge, darunter etwa 200 Kämpfer bewaffneter Gruppen, befreit.

EJR Mazedonien

Neubeginn nach Machtwechsel

Fast sechs Monate nach der Parlamentswahl und einer monatelangen schweren Verfassungskrise, die in einem blutigen Sturm auf das Parlament gipfelte, will die neue Regierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Zoran Zaev (vgl. BN v. 19.06.17) das Land aus der seit zwei Jahren andauernden politischen Krise führen.

Erstmals seit 2006 gehört die nationalkonservative Partei des langjährigen Regierungschefs Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE) nicht mehr der Regierung an. Ohne Immunität und Einflussmöglichkeiten müssen er und seine engsten Mitarbeiter strafrechtliche Verfolgung fürchten. Gegen Gruevski und zehn Funktionäre laufen bereits Ermittlungen wegen illegaler Parteienfinanzierung, Geldwäsche und Korruption.

Auf den neuen Premier kommen große Aufgaben zu. Die Gesellschaft ist politisch und auch ethnisch tief gespalten, die soziale und wirtschaftliche Lage schlecht. Ein aufgeblähter Verwaltungsapparat überdeckt einen beträchtlichen Teil der Arbeitslosigkeit (ca. 24 %). Die EU verlangt hier durchgreifende Reformen und dringt auf personelle Erneuerung von Justiz und Polizei. Zaev hofft, dass Brüssel im kommenden Jahr die seit langem erwarteten EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen wird.

Irak

Mossul

In Mossul kam es am 20.06.17 zu vergeblichen Gegenangriffen des IS auf einige befreite Stadtteile. Außerdem gaben die irakischen Streitkräfte bekannt, die letzte aus der Altstadt herausführende Straße unter ihre Kontrolle gebracht zu haben, sodass die Kämpfer des IS endgültig eingekreist seien. Über eine neue Tigris-Brücke konnten ca. 2.300 Zivilisten aus der Altstadt evakuiert werden. Am 23.06.17 verkündete die irakische Armee die Rettung von rund 200 Zivilisten, die in fünf massiv verminten Häusern gefangen waren und als menschliche Schutzschilde dienten. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich noch mehrere

hundert IS-Kämpfer in der Altstadt Mossuls verschanzt haben und diese etwa 100.000 Zivilisten als Geiseln halten.

Ebenfalls am 20.06.17 verlautbarte der wiedereingesetzte Stadtrat, dass künftig die Angehörigen von IS-Kämpfern aus der Stadt in Lager deportiert werden sollen. In den Lagern sowie in den befreiten Gebieten der Stadt kommt es seit Wochen zu Racheakten an Angehörigen von IS-Kämpfern bis hin zum Mord. Mossul wird außerdem den Zuzug ebenso wie die Möglichkeit des Umzugs in Mossul massiv einschränken. Künftig besteht ein Rückkehrrecht nur dann, wenn man nachweisen kann, dass man vor Juni 2014 in Mossul gelebt hat und nur zur alten Adresse. Ausnahmen soll es lediglich bei Zerstörung der alten Wohnung geben. Angehörige von IS-Kämpfern erhalten grundsätzlich kein Rückkehrrecht. Diese Maßnahmen stoßen auf erhebliche Kritik, da viele IS-Kämpfer sich der Terrormiliz nicht freiwillig angeschlossen haben und so de facto Unschuldige bestraft werden.

Am 21.06.17 wurde die An-Nuri-Moschee gesprengt. In ihr hatte Abu Bakr al-Baghdadi 2014 das Kalifat ausgerufen und seinen einzigen bekannten öffentlichen Auftritt in Form einer Freitagspredigt. Irakische Truppen standen kurz vor der Eroberung der symbolisch wichtigen Moschee. Der IS wollte anscheinend verhindern, dass das Ende des Kalifats in derselben Moschee verkündet wird.

Am 23.06.17 kam es zu einem Raketenangriff auf einen belebten Markt im befreiten Teil Mossuls, mindestens 10 Menschen starben. Außerdem hatte sich ein Selbstmordattentäter unter eine Gruppe fliehender Zivilisten gemischt und in die Luft gesprengt – die Anzahl der Toten und Verletzten ist noch unklar. Drei andere Selbstmordattentäter verübten Attentate an verschiedenen Stellen in Ost-Mossul und töteten dabei mindestens vier Menschen.

Die Zustände in den Flüchtlingslagern um Mossul sind geprägt von Mangel an Nahrung und Medikamenten. Am 19.06.17 wurde der Entkräftungstod eines Kindes bekannt; diese Nachricht steht in einer Reihe mit vielen derartigen Meldungen der letzten Wochen.

Situation von Kindern

Am 22.06.17 veröffentlichte der UNHCR eine Erklärung, nachdem der derzeit ca. 5 Millionen Kinder im Irak auf humanitäre Unterstützung angewiesen sind.

Provinz Kirkuk

Anscheinend hat der IS in der Provinz Kirkuk aufgehört, Siegel mit dem Schriftzug „Islamischer Staat“ in seinen Dokumenten zu benutzen. Der Hintergrund ist unklar. Man vermutet, dass es sich um ein Anzeichen für Flügelkämpfe innerhalb des IS handelt. Nach wie vor ist ein Großteil der Provinz Kirkuk in der Hand des IS.

Nach dem öffentlichen Gebet zum Fest des Fastenbrechens (Eid al-Fitr) wurden am 26.06.17 in der Stadt Hawija sieben Zivilisten, die der Kooperation mit irakischen Sicherheitsbehörden angeklagt waren, öffentlich hingerichtet und zerstückelt. Der IS hält nach wie vor erhebliche Teile des Westens der Provinz Kirkuk.

Provinz Anbar

In der Anbar-Provinz wurde u.a. Fawaz al-Rawi bei einem irakischen Luftschlag getötet. Er soll einer der wichtigsten Finanzfachleute des IS gewesen sein. In den letzten Wochen wurden wiederholt wichtige Führungskader des IS in Anbar getötet. Im Rahmen weiterer Luftangriffe gab es mehrere Dutzend Tote in IS-kontrolliertem Gebiet. Angeblich hat sich am 25.06.17 ein Selbstmordattentäter während eines Treffens hoher IS-Offiziere in die Luft gesprengt und dabei mehrere von ihnen getötet.

In Falludscha schreiten die Stabilisierungsbemühungen fort. Inzwischen wurde das wichtige Wasserwerk wieder in Betrieb genommen und Kampfmittelräumdienste haben fünf Kraftwerke, 12 Gesundheitszentren, 13 Kläranlagen, 19 Wasserstellen und 88 Schulen von Minen gesäubert. Etwa 60 % der Stadtbewohner haben wieder Wasserzugang. Gleichwohl sind die Wohngebiete noch nicht im selben Maße von Minen geräumt. Falludscha war vor etwa einem Jahr vom IS zurückerobert worden. Die Stadt ist nach wie vor regelmäßig Ziel von Terrorangriffen des IS.

Provinz Diyala

In Diyala wurde am 22.06.17 eine Offensive verkündet, mit der die irakische Luftwaffe und die Volksmobilisierungseinheiten versuchen werden, noch verbliebene wichtige Stellungen des IS in der Provinz zurückzuerobern.

Provinz Salahaddin

In Salahaddin wurde ein Mitglied der „Jungen des Kalifates“, einer IS-Truppe zwangsrekrutierter Kindersoldaten, lebendig verbrannt, weil er sich geweigert hatte, seine Familie zu töten.

Iran/Qatar

Iran will vertiefte Beziehungen zu Qatar

Der iranische Präsident Hassan Rouhani erklärte am 25.06.17 nach einem Telefonat mit dem Emir von Qatar, Scheich Tamim bin Hamad al-Thani, Teheran stehe an der Seite des Volkes und der Regierung von Qatar. Der iranische Luftraum stünde ebenso wie seine Seegebiete Qatar jederzeit offen. Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und Marokko hatten am 05.06.17 ihre diplomatischen Beziehungen zu Qatar abgebrochen und eine Verkehrs- und Handelsblockade verhängt.

Libyen

Tripolis/Tawergha/Misrata

In Tripolis wurde am 19.06.17 eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der Einwohner Tawerghas und Misratas unterzeichnet, die die Rückkehr der Einwohner Tawerghas (einer eigenständigen Ethnie) in ihre Ende 2011 verlassene Heimatstadt ermöglichen soll. Einen Zeitpunkt für einen Beginn der Rückkehr gibt es nicht. Die von der UN anerkannte Regierung soll die Rückkehr überwachen.

Am 23.06.17 wurde der Mitiga-Flughafen erneut geschlossen, nachdem er erst kurz zuvor wieder eröffnet worden war. Hintergrund sind neue Kämpfe um das Flughafengelände.

Nach der Einigung auf ein Rückkehrrecht der Einwohner von Tawergha haben am 22.06.17 einige Tawerghas versucht, in ihre Stadt zurückzukehren. Sie wurden von einer Misrataner Miliz mit Gewalt daran gehindert.

In Misrata und Tripolis ließen Milizen anlässlich des Fests des Fastenbrechens (Eid al-Fitr) mehrere Gefangene frei, unter ihnen 17 Tawerghas, die teilweise seit sechs Jahren gefangen gehalten worden waren.

Benghazi

Die Libyan National Army (LNA) Khalifa Haftars kontrolliert inzwischen das Stadtviertel Souq al-Hout vollständig. Die Kämpfe verlagern sich ins nördliche Stadtgebiet um die Altstadt, die nach wie vor teilweise von militanten Islamisten gehalten wird. Bei einer Minenexplosion in dem von der LNA gehaltenen Teil Benghazis starben am 23.06.17 zwei Soldaten. Das nächste Ziel ist anscheinend der Stadtteil Al-Sabri nördlich der Altstadt. Dieser Stadtteil wurde am 23.06.17 intensiv bombardiert.

Am 23.06.17 verkündete die Benghazi Defense Brigade, die kürzlich aus dem Jufra-Viertel vertrieben wurde und mehrere Jahre gegen die LNA kämpfte, ihre Bereitschaft zur Auflösung und Integration in eine neue libysche Armee. Lokale Milizen in Benghazi werden anscheinend aufgefordert, sich aufzulösen. Zumindest die kleine Al-Majouri Protection Force ist dem wohl nachgekommen und hat ihre Fahrzeuge und Waffen der LNA übergeben.

Sirte

Die Botschaft der USA hat 5.000 Ramadan-Pakete an Familien im vom Krieg stark gezeichneten Sirte austeilten lassen.

Zintan

Aus der Stadt Zintan – sie liegt im Westen, hält aber zur Tobruker Regierung im Osten – kommen seit einigen Wochen zunehmend Annäherungssignale an das Presidential Council (PC) der von der UN anerkannten Regierung. So wurden Vertreter sowohl der Tobruker Regierung als auch des PC zu Verhandlungen nach Zintan eingeladen, das sich wohl als eine Art neutraler Vermittler positionieren will. Zumindest das PC hat vorsichtige Zustimmung erkennen lassen. Es gibt auch Verhandlungen über die Möglichkeit der Rückkehr von Flüchtlingen in Zintan nach Tripolis.

Volksgruppe der Berber (Amazigh)

Fassato, eine Amazigh-Nachrichtenagentur, meldete am 22.06.17, dass mehrere Offiziere, die der Minderheit angehören, einen „Militärrat der Amazigh“ gründen wollen. Näheres ist bislang unbekannt.

Mali

Stammeskonflikt zwischen Fulani und Dogon

Nach Angaben der malischen Armee sind bei einem Stammeskonflikt am 20.06.17 in der Region Mopti (Zentrum) 27 Angehörige der nomadischen Volksgruppe der Fulani (auch Fulbe oder Peul) und vier Mitglieder der Volksgruppe der Dogon getötet worden. Es habe sich um eine Racheaktion der Dogon gehandelt, nachdem in der vergangenen Woche einer der Ihren umgebracht worden sei. Die Dogon beschuldigen die Fulani, mit dem Prediger Amadou Koufa zusammenzuarbeiten, der einer islamistischen Gruppierung angehört.

Nigeria

Boko Haram: Selbstmordanschlag in Kofa

Am Abend des 18.06.17 griffen laut Polizeiangaben fünf Selbstmordattentäterinnen das Dorf Kofa (etwa acht Kilometer von Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) an. Zwei von ihnen starben, als sie von Sicherheitskräften daran gehindert wurden, in das Lager Dalori für Binnenvertriebene zu gelangen. Zwei Attentäterinnen sprengten sich in Kofa bei einer Moschee, eine weitere in einem Haus in die Luft. Hierbei wurden zwölf Dorfbewohner getötet.

Boko Haram: Anschlag auf Polizeikonvoi

Bei einem Angriff auf einen Polizeikonvoi und eine Trauerprozession etwa 30 km von Maiduguri wurden ein Polizist sowie ein Zivilist getötet und sechs Personen verletzt.

Pakistan

Viele Tote und Verletzte bei Anschlagserie

Bei einem Autobombenanschlag vor dem Büro des örtlichen Polizeichefs in Quetta (Provinz Baluchistan, Südwesten) kamen am 23.06.17 mindestens 13 Menschen ums Leben, zahlreiche wurden verletzt. In Parachinar (Nordwesten) detonierten zwei Bomben auf einem Markt. 37 Menschen sollen getötet und mehr als 150 verletzt worden sein. Der Ort an der Grenze zu Afghanistan ist die Hauptstadt des halb-autonomen Stammesgebietes Kurram. Dort kommt es immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Sunniten und Schiiten. Zu der Tat soll sich die sunnitische Gruppe Lashkar-e-Jhangvi bekannt haben. Ein weiterer Angriff auf Polizisten wurde aus Karachi (Süden) gemeldet.

Philippinen

Kämpfe in Marawi

Nach Militärangaben vom 23.06.17 soll Mahmud bin Ahmad, einer der meistgesuchten malaysischen Islamisten und einer der Geldgeber für den Angriff der Islamisten auf Marawi, bereits am 07.06.17 an Verletzungen gestorben sein, die er bei den Kämpfen in der Stadt erlitten hatte. Auch Omarkhayam Maute, einer der beiden Brüder, die Anführer der in Marawi kämpfenden Rebellengruppe Maute sind, soll getötet worden sein. Nach einer vom Militär ausgerufenen achtstündigen Feuerpause am 25.06.17 anlässlich des Endes des Ramadans gehen die Kämpfe weiter.

Islamisten griffen Sicherheitskräfte und Schule an

Am 21.06.17 griffen unterschiedlichen Quellen zufolge zwischen 50 und 300 Kämpfer der Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) nahe der Stadt Pigcawayan auf der Insel Mindanao (etwa 100 km südlich von Marawi) einen Posten der Sicherheitskräfte an und stürmten eine Schule, konnten aber zurückgeschlagen werden. Vier Angreifer und ein Angehöriger einer paramilitärischen Einheit wurden getötet. Die BIFF ist eine Splittergruppe der Moro Islamic Liberation Front (MILF) und bekennt sich zum Islamischen Staat.

Saudi-Arabien

Anschlag auf Große Moschee vereitelt

Saudische Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben eine „Terrorverschwörung“ aufgedeckt und damit einen am 23.06.17 geplanten Anschlag auf die Große Moschee in Mekka zum Ausklang des islamischen Fastenmonats Ramadan vereitelt. Fünf Verdächtige seien festgenommen worden. Am 23.06.17 besuchten mehr als zwei Millionen Gläubige die Große Moschee.

König Salman tauscht Thronfolger aus

Der saudische Herrscher hat seine Nachfolge neu geregelt. Der Monarch ernannte seinen Sohn Muhammad bin Salman zum Kronprinzen. Der 31-jährige wird stellvertretender Regierungschef und bleibt Verteidigungsminister.

2016 etwa 150 Hinrichtungen

Die meisten der rd. 150 Hinrichtungen (2015: rd. 160) wurden wegen Mordes oder Drogendelikten vollstreckt. Rund ein Drittel entfällt auf 47 Hinrichtungen Mitte 2016 wegen Terrorvorwürfen, darunter die Hinrichtung des prominenten schiitischen Geistlichen Nimr al-Nimr, was zu Protesten des Iran führte.

Serbien

Homosexuelle soll Premierministerin werden

Der ehemalige Premierminister Aleksandar Vučić, der Anfang April zum Staatspräsident gewählt wurde, hat die bisherige Ministerin für Öffentliche Verwaltung, Ana Brnabic, für das Amt des Premiers nominiert. Die Zustimmung des Parlaments gilt zwar als Formsache, Brnabics Nominierung ist aber dennoch umstritten, weil die 41-Jährige keiner Partei angehört und offen lesbisch lebt. Unter vielen Politikern und in der orthodoxen Kirche gibt es starke Vorbehalte. Homosexualität ist in weiten Teilen der Bevölkerung ein Tabu. Außerdem kam Brnabic erst im August 2016 als Quereinsteigerin in die Politik und ist politisch unerfahren. Sie gilt als fachlich kompetent, europäisch orientiert und unabhängig, Vučić gegenüber aber loyal. Beobachter erwarten, dass Vučić auch künftig die Arbeit der Regierung prägen wird, obwohl ihm als Präsidenten nur repräsentative Aufgaben zustehen.

Die neue Regierung soll Ende Juni gewählt und vereidigt werden.

Somalia

Anschläge in Mogadischu

Bei einem Selbstmordanschlag der al-Shabab mit einem Lieferwagen auf den Gebäudekomplex einer örtlichen Behörde in der Hauptstadt Mogadischu am 20.06.17 sind mindestens 16 Menschen getötet worden. Unter den Opfern waren Zivilpersonen und Mitarbeiter der Behörde.

Ein weiterer Anschlag ereignete sich am 21.06.17, als ein Milchlieferfahrzeug vor einem Regierungsgebäude explodierte. Es gab mindestens 15 Tote.

Am 22.06.17 starben mindestens sieben Menschen und etwa 12 wurden verletzt, als ein Selbstmordattentäter der al-Shabab mit seinem Wagen die Pforte einer Polizeistation durchbrechen wollte. Das Fahrzeug explodierte an der Hauswand.

Syrien

Angriffe

Die russische Armee beschoss am 23.06.17 nach eigenen Angaben Einrichtungen des IS mit Marschflugkörpern. Von zwei Fregatten und einem U-Boot seien sechs Geschosse auf Ziele in der Provinz Hama abgefeuert und Kommandostützpunkte und mehrere Waffenlager des IS getroffen worden.

Ein israelisches Kampfflugzeug griff am 24.06.17 Ziele in Syrien an. Nach Angaben der israelischen Armee war dies eine Reaktion auf den syrischen Beschuss von Zielen auf den von Israel besetzten Golanhöhen. Nach syrischen Quellen wurden mehrere Zivilisten getötet. Die israelische Armee machte keine Angaben über Opfer.

Häftlinge freigelassen

Die Regierung hat nach Medienberichten am 24.06.17 zum Ende des Fastenmonats Ramadan 670 Gefangene freigelassen. Ob darunter auch politische Gefangene sind, ist unbekannt.

Türkei

Prozessbeginn gegen prominente Journalisten

Am 19.06.17 wurde erstmals ein Hauptsacheverfahren gegen Journalisten eröffnet, die nach dem Putschversuch vom Juli 2016 verhaftet worden waren. Darunter befinden sich der frühere Chefredakteur der inzwischen geschlossenen Zeitung „Taraf“, Ahmet Altan, und sein Bruder, der Ökonomieprofessor und Autor Mehmet Altan. Den 17 Angeklagten werden Verbindungen zur Gülen-Bewegung und Beteiligung am Umsturzversuch vorgeworfen. Gegen zehn flüchtige Angeklagte wird in Abwesenheit verhandelt. Die meisten der Reporter saßen bisher ohne Anklage in Untersuchungshaft.

Gay-Pride-Marsch untersagt

Am 24.06.17 wurde eine für den nächsten Tag geplante Demonstration in Istanbul für die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI) wegen einer möglichen Gefährdung die Sicherheit von Bürgern und Touristen sowie der öffentlichen Ordnung verboten. Sicherheitskräfte hielten die Aktivisten am 25.06.17 davon ab, sich auf der zentralen Einkaufsstraße Istiklal zu versammeln. Die Polizei setzte nach Medienberichten vereinzelt Tränengas ein und feuerte mit Gummigeschossen auf die Demonstranten. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Zentralafrikanische Republik

Neue Gewalt nach Friedensabkommen

Am 19.06.17 schloss die Regierung mit 13 von 14 Rebellengruppen des Landes in Rom ein Friedensabkommen. Die Rebellengruppen sollen eine politische Beteiligung erhalten, ihre Kämpfer in die Armee aufgenommen werden. Trotz eines ebenfalls beschlossenen sofortigen Waffenstillstands starben am 20.06.17 in der Stadt Bria (Zentrum des Landes) bei Gefechten zwischen Anti-Balaka-Milizen und einer Fraktion der Front Populaire pour la Renaissance de Centrafrique (FPRC) mindestens 40, nach anderen Quellen etwa 100 Menschen.

Ein Konflikt zwischen überwiegend muslimischen Rebellen und der Regierung stürzte das Land 2013 in einen Bürgerkrieg. Trotz Anwesenheit einer UN-Friedensmission kam es in den vergangenen Wochen wieder vermehrt zu Gewaltausbrüchen. Große Teile des Landes werden von Rebellen kontrolliert.